

antimilitaristische rundschau*

*Zusammengestellt von Christoph Marischka

LagerLagerLager

Wegen der zunehmenden Abschottung des Mittelmeeres gegen clandestine Einwanderung und der von der EU durchgesetzten Vergrenzung Nordafrikas, weichen immer mehr MigrantInnen und Flüchtlinge auf Mauretanien aus, um über den Atlantik die Kanaren und damit die EU zu erreichen. In den ersten Monaten dieses Jahres sind bereits fast 4.000 Menschen auf diesem Weg auf den Kanaren gelandet, nach mauretanischen Angaben starben zwischen 1200 und 1700 Menschen beim Versuch der Überfahrt. Die aktuelle Route von Mauretanien auf die westlichen Kanaren ist gefährlicher, wird aber zunehmend wegen der elektronischen Überwachung des Atlantiks von der Ostküste Fuerteventuras aus gewählt und weil die Kapitäne der Schiffe mit harten Strafen belegt wurden.

Vermeintlich um das gegenwärtige Massensterben zu beenden, hat das spanische Militär nun in Mauretanien eine ehemalige Schule bei Nouadhibou in ein Lager umfunktioniert. Weitere sollen folgen. Außerdem wird die dortige Militärdiktatur mit Patrouillenschiffe ausgerüstet und bei der Ausbildung neuer Grenzpolizisten unterstützt. Das Geld hierfür stammt aus spanischen und europäischen Entwicklungsfonds.

Waffengeschäfte

Der Besuch Präsident Bushs in Indien wurde von zahlreichen Protesten in indischen Städten begleitet. Im nordindischen Lucknow eröffnete die Polizei das Feuer auf eine Demonstration und tötete zwei Menschen, auch aus anderen Städten wurden verletzte gemeldet. Bush will Indien, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat, zukünftig Nuklearmaterial und -Technologie liefern und so die „nukleare Apartheid“ abbauen. Auch die Aussichten auf größere Lieferungen von Kampfjets, Hubschraubern, Flugzeugen zur Seeüberwachung und Schiffen an Indien seien „vielversprechend“. Indien und die USA wären „natürliche Freunde“ und sollten gemeinsam „das Licht der Freiheit in die dunkelsten Ecken dieser Welt bringen“, so Bush. Russlands wiederum kündigte wenige Tage später an, auf dem Energiemarkt wie auch militärisch nun enger mit Algerien kooperieren

zu wollen. Putin strich Altschulden des nordafrikanischen Landes und vereinbarte Waffengeschäfte in Höhe von etwa sechs Milliarden Euro, diese sollen die Lieferung von 60 Kampf- und 16 Trainingsflugzeugen, Raketenabwehrsystemen, Panzern und Marinetechnik umfassen.

Bei all diesen Brückenschlägen über ihre Köpfe beginnt die EU um ihren Großmachtstatus zu bangen. „Und wo bleibt Europa?“ fragt die Hannoveranische Allgemeine. Nachdem die USA nun Diplomaten aus den EU-Hauptstädten abziehen und nach China und Indien sowie weitere asiatische Länder entsenden will, befürchtet Berlin bereits, die transatlantische Partnerschaft, „der alte Westen“, hätte ausgespielt.

Aufstand gegen Freihandel

In Ecuador gibt es seit Mitte Februar massive Proteste gegen geplante Freihandelsabkommen. Der v.a. von Indige@s getragene Protest äußert sich insbesondere in Straßenblockaden, Versammlungen und Aktionen gegen die US-amerikanische Erdölindustrie. Mitte März verhängte Präsident Alfredo Palacio den Notstand über fünf der insgesamt 22 Provinzen. Polizei und Militär erhielten per Dekret Sondervollmachten, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurde eingeschränkt. Das Militär werde die Straßen nach und nach freiräumen, so der Präsident. Nach Angaben der „Front zur Verteidigung Amazoniens“ liegen Dokumente vor, die belegen, dass der Ölkonzern Chevron dem ecuadorianischen Militär monatlich Geld für die Nutzung einer Militärbasis und die militärische Einschüchterung der Bevölkerung überweist.

Kriegsdienstverweigerer freigelassen

Der türkische Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan wurde am 9. März aus dem Militärgefängnis in Sivas freigelassen, wo er zuvor mehrfach misshandelt wurde. Er war im April 2005 eingesperrt worden, nachdem er sich weigerte, seinen Militärdienst anzutreten und auch nach seinem Zwangseinzug jeden Gehorsam verweigerte. Im August 2005 wurde er zu vier Jahren Haft verurteilt.

Ein Berufungsgericht entschied nun, dass ein endgültiges Urteil keine längere

Haft beinhalten könne, als er bereits abgesehen hat. Kurz zuvor urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Falle des Kriegsdienstverweigerers Osman Murat Ülke. Er war mehrfach einberufen und deshalb auch mehrfach wg. Verweigerung verurteilt worden. Insgesamt verbrachte er 701 Tage in Haft, wofür ihm die Türkei nun 10.000 Euro Entschädigung zahlen muss.

Manöver gestört

Beim 152 sog. „Friedensweg“ der Initiative OFFENE HEIDE bemerken die Friedensaktivisten, dass gerade ein Manöver auf dem Gefechtsübungszenrum Colbitz-Letzlinger Heide stattfindet. Im Anschluss entschließen sich kleinere Gruppen dann zu einem Spaziergang auf dem hochmodernen und in Zusammenarbeit mit dem Knastunternehmen SERCO-GMBH betriebenen Truppenübungsplatz. Die Soldaten müssen ihr Manöver deshalb teilweise einstellen. Auch soll es zu verschiedenen „unglücklichen Zusammenstößen mit den Verbotschildern“ gekommen sein, die auf das Militärgelände hinweisen.

Internat. Untersuchungskommission umgekrempelt

Nach dem folgenschweren Bericht des deutschen Chefermittlers Mehlis zum Mord an Rafik Hariri und dessen anschließenden Rücktritt, wurde die Kommission nahezu komplett umgekrempelt. Der neue Vorsitzende, der Belgier Serge Brammertz lässt nun alle Gutachten neu analysieren, die bisherige Arbeit überprüfen, stellt die Zusammenarbeit mit den libanesischen Geheimdiensten auf eine neue Grundlage und kündigt einen „erfolgreichen Ausgang der Untersuchungen in einem realistischen Zeitrahmen“ an. Vieles deutet darauf hin, dass Mehlis die syrische Regierung bewusst und dauerhaft unter Druck setzen wollte, zumindest habe er „schlampig“ gearbeitet und sich nicht an minimalste Standards der Beweisführung gehalten. Ob die neue Kommission Syrien entlasten wird, wird sich erst mit den Ermittlungen zeigen. Syrien kündigte unter dem neuen Sonderermittler jedenfalls schon einmal Kooperation an, die es gegenüber der Kommission unter Mehlis verweigert hatte.